

Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport

LAND
BRANDENBURG



Vorläufiger Rahmenplan

Lernbereich „Gesellschaftslehre“

Politische Bildung

Klassen 5 und 6

Grundschule

Georg-Eckert-Institut BS78



1 133 682 X

Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport

**LAND
BRANDENBURG**



Vorläufiger Rahmenplan

Lernbereich „Gesellschaftslehre“

Politische Bildung

Klassen 5 und 6

Grundschule

Vorläufiger Rahmenplan
des Landes Brandenburg

Herausgeber:

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107, O-1561 Potsdam
Juni 1991

Dieser Rahmenplan wurde erarbeitet von:

Hans-Werner Bröcker, Marlies Brüggemann, Richard Buchner, Jürgen Langer,
Jutta Maybaum-Fuhrmann, Botho Priebe, Frank Wernick-Otto, Gabriele Zühlke

Georg-Eckert-Institut
für Internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek

92/2801

Herstellung und Verlag:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Karl-Liebknecht-Straße, O-1574 Potsdam, Telefon 9 76 23 01, Telefax 9 76 23 09

Z-V BB
S-3(1991)

Aus dem ersten Schulreformgesetz für das Land Brandenburg

§ 1 Recht auf Bildung

- (1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf schulische Bildung. Dieses Recht wird nach Maßgabe dieses Gesetzes durch das öffentliche Schulwesen gewährleistet.
- (2) Die Fähigkeiten und Neigungen des Kindes sowie der Wille der Eltern bestimmen seinen Bildungsgang. Der Zugang zu den schulischen Bildungsgängen steht jeder Schülerin und jedem Schüler nach Leistung und Bildungsbereitschaft unabhängig von Herkunft sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Eltern offen.

§ 2 Allgemeine Bildungs- und Erziehungsziele

- (1) Die Schule unterrichtet und erzieht junge Menschen. Sie verwirklicht die in der Landesverfassung verankerten allgemeinen Bildungs- und Erziehungsziele. Dazu gehört insbesondere die Erziehung zur Bereitschaft zum sozialen Handeln, zur Anerkennung der Grundsätze der Menschlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zum friedlichen Zusammenleben der Völker und zur Verantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt sowie zu der Fähigkeit und Bereitschaft, für sich allein und gemeinsam mit anderen Leistung zu erbringen.
- (2) Die Schule achtet das Erziehungsrecht der Eltern. Sie wahrt Offenheit und Toleranz gegenüber den unterschiedlichen religiösen, weltanschaulichen und politischen Überzeugungen und Wertvorstellungen. Sie gewährt die gleichberechtigte Bildung und Erziehung hinsichtlich der Geschlechter und der kulturellen Herkunft. Sie vermeidet, was die Empfindungen Andersdenkender verletzen könnte. Keine Schülerin und kein Schüler darf einseitig beeinflusst werden.

RdErl. d. Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport
vom 6. August 1991

Für die Grundschule im Land Brandenburg wird hiermit gemäß § 22 des Ersten Schulreformgesetzes für das Land Brandenburg (Vorschaltgesetz zum Landesschulgesetz) dieser vorläufige Rahmenplan festgesetzt.

Er tritt am 22. August 1991 in Kraft.

Entgegenstehende Lehrpläne, Rahmenrichtlinien, Handreichungen, Hinweise und Empfehlungen treten damit außer Kraft.

Dieser vorläufige Rahmenplan ist in den Bestand der Schulbibliothek aufzunehmen und dort zur Einsichtnahme bzw. Ausleihe verfügbar zu halten.

Marianne Birtler

Marianne Birtler

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport

Vorwort

Mit dem Beginn des Schuljahres 1991/92 ändert sich die Bildungslandschaft in Brandenburg grundlegend. Das Erste Schulreformgesetz für das Land Brandenburg ist in Kraft getreten. Schulen erhalten nicht nur einen neuen Namen, eine neue Form und Struktur, sondern auch das Innenleben der Schulen, der Unterricht in den Klassenräumen, erhält neue Vorgaben und Freiräume. Die Mitwirkungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, Pädagoginnen und Pädagogen sowie der Eltern werden verbessert.

Alte Regelungen des sozialistischen Bildungsgesetzes verlieren damit ihre Gültigkeit. Ziel ist nicht mehr die Vermittlung eines geschlossenen Weltbildes, des sozialistischen Erziehungsideals, das durch ein engmaschiges Netz von Vorschriften durchgesetzt und kontrolliert werden sollte. Die Aufgaben der Schule werden nun durch das Grundgesetz und durch das Erste Schulreformgesetz auf eine demokratische und rechtsstaatliche Grundlage gestellt.

Eine lebendige Demokratie, eine offene Gesellschaft, setzt auf mündige, selbstbewußte und aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger. Schule soll diesen Prozeß der Aufklärung fördern. Sie muß sich daran messen lassen, ob sie im Alltagshandeln die Würde der Kinder und Jugendlichen achtet und schützt und in welchem Umfang es ihr gelingt, ihnen zu selbständigem Denken und Handeln zu verhelfen.

Dies erfordert die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an der Unterrichtsgestaltung. Besondere Gelegenheiten für selbständiges Planen, Urteilen, Entscheiden und Handeln bieten sich auch außerhalb des Fachunterrichts durch den fächerübergreifenden, integrierenden Unterricht sowie durch Unterrichtsprojekte. Ein motivierender Unterricht arbeitet mit vielfältigen Lernformen: Gruppenarbeit, Partnerarbeit, selbständige Einzelarbeiten lösen den Frontalunterricht immer wieder ab, systematisch orientierte Phasen wechseln mit Formen spielerischen Lernens.

Grundsätzlich gilt in einer durch Wissenschaft geprägten Welt, daß sich auch Schülerinnen und Schüler mit wissenschaftlichem Denken und wissenschaftsorientiertem Handeln auseinandersetzen. Das bedeutet aber nicht, daß Wissenschaft als unbezweifelbare Wahrheit vermittelt wird. Vielmehr geht es darum, Grundprinzipien wissenschaftlichen Arbeitens so erfahrbar zu machen, daß sie auch von jüngeren Schülerinnen und Schülern nachvollzogen werden können. Dazu gehört die Einsicht in den begrenzten Gültigkeitsbereich wissenschaftlicher Aussagen ebenso wie die Erkenntnis, daß mit ihnen zugleich auch immer die Dimension von Verantwortung und Wertentscheidung angesprochen ist.

Kinder und Jugendliche sollen Schule als einen Ort erfahren, an dem sie gerne sind, wo etwas Interessantes geschieht und wo gut gelernt werden kann. Dabei muß Lernen als ganzheitlicher Prozeß verstanden werden, der die Fächergrenzen überschreitet und zugleich "Kopf, Herz und Hand" erfassen soll. Die hier vorgelegten Rahmenpläne sind diesen Intentionen verpflichtet.

Grundlage einer solchen schulischen Bildung ist ein Klima des gegenseitigen Vertrauens. Eine Schule, die das Selbstvertrauen der Schülerinnen und Schüler fördern will, muß Vertrauen in sie setzen. Wenn zur Verantwortung erzogen werden soll, müssen junge Menschen Verantwortung schon im Bildungsprozeß erfahren und ausüben. Wenn Freiheit und Demokratie Erziehungsziele sind, müssen Kinder und Jugendliche schon als frei angesprochen werden und "gelebte Demokratie" in Schule und Unterricht erfahren. Schule soll als alltäglicher Lebensraum von ihnen als veränderbar und gestaltbar erlebt werden.

In diesem Sinne geht es nicht nur um die Vermittlung von Fachwissen, um die Kenntnis der Inhalte, sondern schulische Allgemeinbildung ist zugleich immer ein Teil der allgemeinen Menschenbildung. Dies bedeutet vor allem, Sinn und Verantwortung erschließen für

- das Leben in der Demokratie,
- das Leben in der Einen Welt (und d.h. die Untrennbarkeit von Frieden und Gerechtigkeit),
- das Leben als Teil der Natur und im Umgang mit der Natur.

Diese Aufgaben betreffen das Schulleben insgesamt, den "Geist" und das "Ethos" einer Schule, aber sie betreffen auch und gerade den konkreten Fachunterricht, der systematisch aufgebaut und auf Kontinuität angelegt ist.

Schule wird junge Menschen nur erreichen, wenn sie auf sie eingeht, ihre Fragen ernst nimmt, sich in ihr Denken und Fühlen, ihre Vorstellungen und Bedürfnisse hineinversetzt. Dies kann nicht gelingen, wenn zu viel und zu schnell und ohne Rücksicht auf die einzelne Schülerin, den einzelnen Schüler, verfahren wird. Die Klage über die "Stoff-Fülle" begleitet die Forderung nach Schulreform seit Generationen. Die Begründung für jeden einzelnen Inhalt der verschiedenen Fächer mag einleuchtend erscheinen. Wenn die Summe dieser Inhalte zur Überforderung führt und ein gründliches Sich-Einlassen und wirkliches Verstehen nicht mehr möglich ist, verkommt der Bildungsprozeß zum Auswendiglernen von abfragbarem Wissen. Das Interesse der Schülerinnen und Schüler erstickt, wenn nur noch "mechanisch" gelernt wird, wenn Fragen, noch bevor sie gestellt sind, mit Antworten oder Belehrungen zugedeckt werden. In diesem Sinne kommt es vor allem darauf an, Lernfreude zu wecken und zu erhalten, Schulangst und Schulverdrossenheit zu vermeiden, zum Weiterlernen zu ermutigen und zu befähigen.

Die vorläufigen Rahmenpläne konzentrieren sich auf Wesentliches; ihre Intention ist es, nur solche Ziele und Inhalte vorzugeben, die von allen Schülerinnen und Schülern auf individuellem Niveau erreicht werden können. Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer ist es deshalb, die Ziele und Inhalte so zu konkretisieren, daß die Schülerinnen und Schüler

- Beziehungen zu eigenen Lebenssituationen und zur eigenen Lebenswirklichkeit erkennen können,
- ihre eigenen Erfahrungen, ihre Vorkenntnisse und methodischen Fertigkeiten einbringen können,
- Lernprozesse mitplanen und mitgestalten können,
- zum fachlichen und fächerübergreifenden Lernen befähigt werden,
- selbsttätig Wege zu Lösungen finden können,
- gewonnene Ergebnisse anwenden, in bestehende Zusammenhänge einordnen bzw. auf neue übertragen lernen.

Die vorläufigen Rahmenpläne geben den Lehrerinnen und Lehrern einen großen Freiraum, den es sinnvoll zu nutzen gilt. Auf verbindliche Zeitrichtwerte wurde bewußt verzichtet. Die Verantwortung der Pädagoginnen und Pädagogen wird ernst genommen: Bildungsministerium und Schulaufsicht treten damit in ihrer Rolle als Verordner und Kontrolleure schulischer Prozesse zurück; sie haben die vornehmliche Aufgabe anzuregen, zu beraten und zu unterstützen.

Lehrerinnen und Lehrer stehen vor der großen Aufgabe, die Gestaltungsspielräume eigenverantwortlich, sinnvoll und kreativ zu nutzen. Bevor jedoch nach neuen Handreichungen und Regelungen gerufen wird, sollten die eigenen Fähigkeiten und Ideen erprobt werden. Mit den ersten Erfolgen wird sich auch Mut einstellen und Lust auf neuen Unterricht.

Die vorläufigen Rahmenpläne ersetzen die bisher gültigen Richtlinien und Lehrpläne und treten mit dem Schuljahr 1991/92 in Kraft. Sie sind schulformübergreifend angelegt und enthalten Hinweise, wie auf unterschiedlichen Anspruchsebenen differenziert werden kann. Wo die bisherige Planung in Einzelfällen Abweichungen erforderlich macht, liegt dies in der Verantwortung der einzelnen Schule, die auch innerhalb der vorgegebenen Stundentafel Schwerpunkte setzen kann.

Die vorläufigen Rahmenpläne sind als Übergangslehrpläne erarbeitet worden. Die Zeit für die Fertigstellung war für die kurzfristig zusammengesetzten Projektgruppen ungewöhnlich knapp. Ohne die dankenswerte Unterstützung des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung in Soest wäre das Ergebnis nicht zu schaffen gewesen. Das neue Pädagogische Landesinstitut Brandenburg (PLIB) wird von Beginn des neuen Schuljahres an unter breiter Beteiligung der Lehrkräfte die Arbeit an der Fortschreibung und Weiterentwicklung neuer Lehrpläne für alle Fächer und Schulstufen übernehmen. Die Erfahrungen mit den hier vorliegenden vorläufigen Rahmenplänen sollen dabei einfließen. Dazu bitte ich alle Beteiligten, Kritik oder Bestätigung, Vorschläge oder Berichte an das PLIB zu senden (Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg, O-1720 Ludwigsfelde, Struveshof).

Das neue Schuljahr bedeutet für alle am Schulleben Beteiligten ungewöhnliche, ja einmalige Anforderungen. Die Abschaffung der sozialistischen Einheitsschule und die Gestaltung eines demokratischen Bildungssystems ist eine der größten Herausforderungen für die Menschen dieses Landes, an welcher Stelle sie auch an der Schule beteiligt sind. Diesen Prozeß der Demokratisierung in all seinen Elementen zu begreifen und zu fördern ist unsere gemeinsame Aufgabe. Ich wünsche allen dazu die notwendige Kraft und Phantasie.

Marianne Birthler

(Marianne Birthler)
Ministerin für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg

Aufgaben und Ziele des Lernbereichs "Gesellschaftslehre"

Die Rahmenpläne des Lernbereichs Gesellschaftslehre umfassen die Fächer Politische Bildung, Geschichte und Erdkunde. Jedes einzelne Fach verweist dabei zwar auf spezifische Lerninhalte, -ziele und -verfahren; allen dreien kommt jedoch ein gemeinsamer Auftrag zu, nämlich

- die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, Bedingungen, Strukturen und Probleme ihrer Lebenswirklichkeit in ihren politischen, historischen und geographischen Bezügen wahrzunehmen und sich sachgerecht mit ihnen auseinander zu setzen,
- die Schülerinnen und Schüler bei der Entwicklung ihrer Urteils- und Handlungsfähigkeit zu fördern,
- das Interesse der Schülerinnen und Schüler an der Mitgestaltung ihrer Lebenswirklichkeit zu wecken und ihnen beim Aufbau des dazu notwendigen Orientierungs-, Sach- und Handlungswissens zu helfen.

In diesem allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag kommt einerseits das Interesse der Gesellschaft an mündigen und handlungsfähigen Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck, ohne die ein demokratisch verfaßtes Gemeinwesen auf Dauer nicht existieren und sich weiterentwickeln kann; andererseits entspricht diese Zielbestimmung aber auch dem Bedürfnis des Individuums, seine speziellen Fähigkeiten und damit seine eigene unverwechselbare Identität entwickeln zu können. Selbst- und Mitbestimmung sind sowohl aus der Sicht des Individuums als auch aus der Sicht der Gesellschaft zentrale Entwicklungsziele.

Jedes der drei Fächer leistet im Rahmen dieser Zielbestimmung des Lernbereiches seinen speziellen Beitrag:

- o Das Fach Politische Bildung geht besonders auf die Bedingungen und Möglichkeiten politischen und sozialen Handelns ein und thematisiert dabei die Zusammenhänge zwischen politischen, ökologischen und sozialen Zielvorstellungen, ökonomischen Strukturen und gesellschaftlichen Auswirkungen.
- o Der Geschichtsunterricht lenkt die Aufmerksamkeit auf die Entwicklungsprozesse der menschlichen Gesellschaft, thematisiert die historisch bedingten Herausforderungen, mit denen sich Individuen, Gruppen und Gesellschaft konfrontiert sahen und sehen und leitet zu einer Beurteilung der entstandenen Ergebnisse und gesellschaftlichen Strukturen an.
- o Der Erdkundeunterricht stellt die Beziehungen des Menschen zu den natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen seines Lebensraums in den Mittelpunkt und thematisiert die daraus entstandenen und entstehenden räumlichen Strukturen und Prozesse.

Angesichts der Komplexität der Themen, der Verstehensmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler und der begrenzt zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit können Zusammenhänge zwischen den drei Unterrichtsfächern nicht in jeder Unterrichtsstunde explizit aufgezeigt werden.

Komplex sollte allerdings an *den* Inhalten gearbeitet werden, die sich unter didaktischen, methodischen und lerntheoretischen Begründungen dazu eignen. Solche Inhaltskomplexe, die aus der Sicht aller drei Fächer gleichermaßen bedeutsam und in den Lehrplänen entsprechend verortet sind, könnten in den Klassen 5 und 6 beispielsweise sein:

- o "Die Stadt"
- o "Wohnen, Siedeln, Einwandern".

Darüber hinaus ist es Aufgabe der Lehrerinnen und der Lehrer, Lernsituationen für fächerübergreifende Fragestellungen zu erkennen und zu nutzen.

Dabei können folgende Gesichtspunkte zur Geltung kommen:

- aktuelle Anlässe,

-
- nachhaltige Interessen und Fragen der Schüler und Schülerinnen,
 - lokale oder regionalspezifische Voraussetzungen,
 - Kooperationsmöglichkeiten mit Fachkolleginnen und Fachkollegen,
 - projektorientierte Arbeitsverfahren.

Die Rahmenpläne der einzelnen Fächer des Lernbereichs Gesellschaftslehre sind entsprechend offen konzipiert. Sie geben Lehrerinnen und Lehrern große didaktische und inhaltliche Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit. Diese Freiheit soll insbesondere auch zur fächerübergreifenden Kooperation genutzt werden. Sie ist aber gleichzeitig Verpflichtung zur demokratischen Einbeziehung der jeweils zuständigen Gremien gemäß der "Verordnung über die Mitwirkung der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte".

Die Rahmenpläne der einzelnen Fächer geben in ihren jeweiligen Kapiteln "Zum Umgang mit dem Rahmenplan" Empfehlungen, wie die Lehrerinnen und Lehrer im Sinne didaktischer und inhaltlicher Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit Stoff und Inhalte strukturieren können.

Inhalt

	Seite
1. Ausgangsposition, Ziele und Aufgaben	4
2. Qualifikationen und didaktische Konzeption	6
2.1 Qualifikationen und Schlüsselprobleme des Faches	6
2.2 Didaktische Prinzipien des Lehrens und Lernens	7
2.3 Lernverfahren und Methoden	9
3. Hinweise zur Leistungsbewertung	12
4. Zum Umgang mit dem Rahmenplan	13
5. Lernfelder, Themen und Inhalte	14
Grobstruktur der Rahmenpläne	14
Themenbeispiele, Inhalte und Probleme	15

1. Ausgangsposition, Ziele und Aufgaben

Die Ereignisse des Jahres 1989 haben zu neuen Chancen für jene politischen Leitideen geführt, die eine humane politische Ordnung möglich machen: Menschenwürde, Freiheit, Pluralismus, Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie.

Vor dem Land Brandenburg steht nun die Aufgabe, auf neuen verfassungsrechtlichen Grundlagen die ökonomischen, sozialen, ökologischen, politischen und kulturellen Herausforderungen der deutschen Einheit zu meistern.

Eine Demokratie kann nur durch die Aktivität ihrer Bürgerinnen und Bürger wachsen. Deshalb kommt im gegenwärtigen Prozeß gesellschaftlicher Erneuerung der politischen Bildung grundlegende Bedeutung zu. Sie soll das Interesse junger Menschen für Politik fördern und ebenso ihre Fähigkeit und Bereitschaft, am Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung und Durchsetzung von Interessen teilzunehmen.

An die Stelle der Erziehung zu vorgegebenen "Wahrheiten" tritt eine politische Bildung und Erziehung, die zur Toleranz, Achtung vor der menschlichen Individualität, Eigenverantwortlichkeit und Kritikfähigkeit herausfordert und ideologische Indoktrination ausschließt. Das erfordert eine grundlegende Neugestaltung der politischen Bildung und Erziehung in einem neuen Unterrichtsfach. Der vorliegende Rahmenplan für Politische Bildung stellt sich den Erfordernissen eines demokratischen politischen Unterrichts und ist eindeutig dem kritisch-reflexiven Umgang mit politischen Inhalten gewidmet. Politische Bildung orientiert sich an den Prinzipien des Grundgesetzes und an den allgemeinen Menschenrechten (Menschenrechtskonvention der UNO); sie knüpft an Ideen der Aufklärung, der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung und anderer emanzipatorischer Bewegungen an. Politische Bildung soll zum Verständnis der erlebten Wirklichkeit beitragen und aufzeigen, wie diese Wirklichkeit gestaltbar und veränderbar ist.

Eine Reihe nationaler und internationaler Entwicklungen und die globale Gefährdung der Welt fordern gegenwärtig neues politisches Denken und Handeln des einzelnen und der Gesellschaft heraus. Zu diesen Entwicklungen gehören:

- die aktuelle politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation, die durch vielfältige Verwerfungen, Umbrüche und Neuerungen gekennzeichnet ist, alte Feindbilder und Ideologien, die verfallen, und politische Strukturen, die sich auflösen;
- der Einigungsprozeß in Deutschland und Europa, mit dem Nationalitätenkonflikte und Unabhängigkeitsbestrebungen der Nationen Osteuropas, Asiens und anderer Teile der Welt einhergehen;
- das sich verändernde Ost-West-Verhältnis, das zunehmend überlagert wird vom Nord-Süd-Konflikt;
- Prozesse globaler Art, die dazu herausfordern, die Welt zunehmend als ein System zu begreifen, in dem alle politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Aspekte vernetzt sind.

Diese Problemlagen und Wandlungsprozesse sind zugleich Ansprüche an politische Bildung, an das, was junge Menschen wissen und lernen müssen, um in der Gegenwart und Zukunft bestehen zu können.

Mit dem Unterricht in den Klassenstufen 5 und 6, der sich nachdrücklich auf konkrete Lebenssituationen der Schülerinnen und Schüler bezieht, sollen hierfür Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Beschäftigung mit der Entwicklung, den Strukturen und der Hinterlassenschaft der ehemaligen DDR ist eine wesentliche Voraussetzung für das Verständnis aktueller nationaler und internationaler Prozesse. Dabei ist es für die politische Bildung im Land Brandenburg besonders wichtig, an jeweilige Erfahrungen anzuknüpfen, die Formen autoritärer Herrschaft aufzuweisen und sich mit den überdauernden Prägungen und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen.

Politische Bildung soll den Heranwachsenden Orientierungshilfe in der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit sein. Sie versteht dabei Politik als die ständig neu gestellte Aufgabe, menschliches Zusammenleben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit zu gestalten und zu gewährleisten. An diesem Verständnis soll konkrete Politik gemessen werden. Bei der Gestaltung des Unterrichts sind folgende Grundsätze von Bedeutung:

- Überwältigungsverbot: Es ist nicht erlaubt, die Schülerinnen und Schüler - mit welchen Mitteln auch immer - im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.
- Kontroversität: Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muß sich auch im Unterricht kontrovers zeigen.
- Berücksichtigung der Interessenlage: Die Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre Interessenlagen zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.

Diese Grundsätze führen zum Begriff der Emanzipation, der als Richtwert des politischen Lernens verwendet wird. Im Laufe einer langen Begriffsgeschichte hat das Wort Emanzipation Traditionen der Aufklärung in sich aufgenommen und meint Befreiung von Unmündigkeit. In der politischen Bildung wird darunter ein Lernprozeß verstanden, in dem Schülerinnen und Schüler die komplexer und schwerer durchschaubar werdende Welt besser begreifen, sich nicht blind in die Gegebenheiten fügen und aufgrund von Sachkenntnis und Urteilsfähigkeit bereit und fähig werden, Selbst- und Mitbestimmung zu praktizieren. Der Begriff Emanzipation wird in den Qualifikationen entfaltet (vgl. Kapitel 2.1).

Die Vermittlung von Kenntnissen und Einsichten sind Grundlage für die Entwicklung von Urteils- und Entscheidungsfähigkeit einerseits und die Befähigung zum sozialen Handeln andererseits. Diese sind Voraussetzungen für gesellschaftlich verantwortliche, politische Partizipation. Es gibt keine politische Bildung ohne soziales Lernen.

Politisches Lernen verlangt die kritische Auseinandersetzung mit Erfahrungen der gesellschaftlichen Realität, gegebenenfalls die Veränderung von Einstellungen und Verhaltensweisen sowie von Verhältnissen, die das Leben in einer demokratischen Gesellschaft notwendig macht.

2. Qualifikationen und didaktische Konzeption

2.1 Qualifikationen und Schlüsselprobleme des Faches

Der Unterricht im Fach Politische Bildung soll zur Bewertung und Bewältigung von Lebenssituationen beitragen, indem er sich an Qualifikationen orientiert, die dem emanzipatorischen Grundgedanken folgen.

Bewältigung individueller und gesellschaftlicher Lebenssituationen schließt den Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einsichten ein. Gleichwohl erschöpft sich darin nicht der Begriff der Qualifikationen. Die Qualifikationen sind auf den rational und kritisch denkenden, selbständig und unabhängig urteilenden sowie sozial verantwortlich handelnden Menschen bezogen. Gerade in dieser Hinsicht gibt es - auch nach dem Zusammenbruch der zentralistischen Strukturen und der mit diesen Strukturen verbundenen politischen Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger - einen erheblichen Nachholbedarf. Es geht darum, eigene Interessen mit sozialer Verantwortung, Kompetenz und entsprechendem Engagement zu verknüpfen.

Die Qualifikationen bilden die Grundlage für die zu entwickelnden Zielvorstellungen des Unterrichts. Diese sind im Zusammenhang mit den Unterrichtsthemen durch die Lehrerinnen und Lehrer selbständig auf einen bestimmten Inhalt hin zu präzisieren und anzuwenden.

Die Qualifikationen reichen in ihrer Zeildimension bis in die Sekundarstufenbereiche hinein und sollten daher altersgemäß und angemessen vereinfacht in die Unterrichtsgestaltung einbezogen werden.

Übersicht über die **Qualifikationen** im Fach Politische Bildung¹⁾

Fähigkeit und Bereitschaft,

- (1) sich in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen Zusammenhängen zurechtzufinden, Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sie auf ihren Sinn, auf ihre Zwänge, Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrundeliegenden Interessen, Normen und Wertvorstellungen kritisch zu prüfen;
- (2) die neuen Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Strukturen, Herrschaftsverhältnisse und Entscheidungsprozesse kritisch zu hinterfragen, zu verstehen, zu nutzen und mitzugestalten;
- (3) Kommunikation und Kommunikationsmittel als wichtigen Faktor beim demokratischen Umbau in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu verstehen, Motive, Interessen und Machtgefälle zu prüfen und Teilnahmechancen wahrzunehmen;
- (4) in politischen Alternativen zu denken und zu lernen, sich zu engagieren, auch gegen Widerstände Entscheidungen auf demokratische Weise herbeizuführen, in unterschiedlichen sozialen Gruppen mitzuarbeiten und dabei Belastungen auszuhalten;
- (5) sich selbst zu verwirklichen, eigene Vorstellungen vom glücklichen, erfüllten Leben zu entwickeln und in sozialer Verantwortung wahrzunehmen, eigene Rechte und Interessen zu vertreten, aber auch gesellschaftliche Interessen und Interessen anderer (z. B. Benachteiligter) zu erkennen und ihnen gegebenenfalls den Vorrang zu geben;
- (6) das Lebensrecht und die Eigenständigkeit anderer Gesellschaften zu akzeptieren, für wirksame Sicherheitskonzepte und für die Interessen benachteiligter Völker einzutreten, auch individuelle Verantwortung für globale Probleme zu erfassen;
- (7) durch eigenes Verhalten und durch Teilnahme an Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen Verantwortung für heutige und künftige Lebensbedingungen mit zu übernehmen;
- (8) die Arbeit als Bedingung für individuelle und gesellschaftliche Existenzsicherung und als Faktor für Selbstverwirklichung und politische Beteiligung zu verstehen und dies im individuellen Lebenskonzept zu berücksichtigen, sich für die Demokratisierung und Humanisierung der Arbeitswelt einzusetzen.

1) in Anlehnung an: Das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Richtlinien für den Politikunterricht, 3. Auflage, Düsseldorf 1987

Bei der Anordnung der vier Lernfelder (Gesellschaft - Wirtschaft - Demokratie - die Eine Welt) im Fach Politische Bildung spielen - neben dem Bezug auf die Qualifikationen - vor allem gesellschaftliche Schlüsselprobleme eine konstituierende Rolle. Politische Probleme sind in unterschiedlichem Grade mit ökonomischen, sozialen, ökologischen, regionalen und globalen Problemen und Gefährdungen verbunden. **Schlüsselprobleme** in diesem Sinne sind u. a.:

- (1) Krieg, Frieden und Friedenssicherung (Bürgerkrieg, Gefahr globaler Vernichtung, Verlagerung in die Dritte Welt, Rüstungskontrolle, Abrüstung, Verfassungsauftrag zur Völkerverständigung);
- (2) Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen (Zerstörung von Lebensgrundlagen, Interessenkonflikte, ökologisch verantwortete Wirtschaftsordnung);
- (3) Verhältnis zwischen Industriegesellschaften und Entwicklungsländern (Diskrepanz zwischen wirtschaftlichen Teilinteressen und deren sozialen und ökologischen Auswirkungen, Verständnis der verschiedenen Gesellschaften als Eine Welt);
- (4) Zusammenleben verschiedener Kulturen, Nationen (multikulturelle Gesellschaft; Rechtsextremismus, Linksextremismus, Humanisierung, Menschenrechte, Toleranz), Existenz und Identitätsverlust von Gesellschaften und sozialen Gruppen (soziale Auswirkungen von Umbruchsituationen, Entstehen demokratischer Ansätze);
- (5) wachsende Komplexität der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse und das Problem der Machtstrukturen (Gefährdung demokratischer Mitbestimmung im Bereich der Grundsatzentscheidungen, Gewicht der demokratischen Kontrolle, Demokratie lernen);
- (6) politische Kontrolle gegen Informations- und Datenmonopolisierung (Gefährdung politischer und kultureller Identität durch Informationstechnologien und Massenmedien);
- (7) Aufbau sozialer und ökologischer Marktwirtschaften, Entfremdung und Verfügbarkeit von Arbeit, Effizienz und soziale, ökologische Verantwortung.

Die hier genannten Schlüsselprobleme sind übergreifende grundlegende Orientierungen, die existentielle Fragen berühren, mit denen sich Politische Bildung befassen muß. Im thematischen Kontext bilden die Schlüsselprobleme und die Qualifikationen die Grundlage für die Entfaltung der Lernfelder, Themenbereiche, Inhalte und Probleme. Wesentlich dabei ist die Orientierung an der Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler.

2.2 Didaktische Prinzipien des Lehrens und Lernens

Die im folgenden formulierten didaktischen Prinzipien bieten eine Grundlage für das Planen, Gestalten und Analysieren von Lehr- und Lernprozessen:

1. Schülerorientierung

Das Fach Politische Bildung hilft den Schülerinnen und Schülern, die gesellschaftliche Umwelt zu erkennen und individuelle Handlungskompetenzen zu entwickeln. Das Prinzip der Schülerorientierung schließt die Orientierung an der Alltagswelt und den Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler mit ein. Das heißt, das Fach Politische Bildung thematisiert konkrete Lebenssituationen, Probleme und Konflikte. Damit Schülerinnen und Schüler als Subjekte ihrer eigenen Lernprozesse ernstgenommen werden können, sollte der Unterricht von ihren Interessen ausgehen. Sie sollten an der Gestaltung und Organisation des Unterrichts beteiligt werden.

2. Handlungsorientierung

Das Fach Politische Bildung zielt auf den kritisch denkenden, selbständig urteilenden und verantwortlich handelnden mündigen Bürger in einer demokratischen Gesellschaft. Handlungsorientierung fördert die aktive Teilnahme der Schülerinnen und Schüler an Entscheidungsprozessen. Handelndes Lernen in authentischen oder auch in simulierten Situationen eröffnet bewußtere Möglichkeiten in der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit.

3. Problemorientierung

Das Prinzip der Problemorientierung hat zwei Komponenten: die gesellschaftlich definierten Problemstellungen einerseits und die von den Schülerinnen und Schülern artikulierten Probleme andererseits.

Problemorientierte Impulse und Aufgabenstellungen sind geeignet, den Schülerinnen und Schülern selbständige Denkleistungen abzuverlangen und ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entwickeln. Sie öffnen den Blick für soziale und politische Probleme und geben Hilfestellungen bei deren Lösung.

4. Kontroversität

Das Prinzip der Kontroversität sieht im Konflikt ein Entwicklungsmoment sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft. Es fördert sowohl die Kompromiß- und Konsensbildung als auch die Achtung vor dem Andersdenkenden (Toleranzgebot). Es setzt voraus, daß Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler ihre Meinungen und Einstellungen zu politischen und sozialen Fragen in den Unterricht einbringen. Das Prinzip der Kontroversität respektiert unterschiedliche Standpunkte und beachtet das Überwältigungsverbot.

5. Ganzheitlichkeit

Das Prinzip der Ganzheitlichkeit schließt die Berücksichtigung der Komplexität der Inhalte und der kognitiven und emotionalen Aspekte des Lernens mit ein. Es erfordert daher vielfältige Lehr- und Lernmethoden, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen rezeptiven, reproduktiven, produktiven, entdeckenden und kreativen Lernhandlungen ermöglichen. Formen des kooperativen (sozialen) Lernens - besonders im Rahmen eines handlungs- und projektorientierten Unterrichts - spielen dabei eine besondere Rolle.

6. Exemplarisches Lernen, Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung

Aus der Vielzahl der für die Bewältigung von Gegenwart und Zukunft relevanten Probleme stellt der Rahmenplan eine begründete exemplarische Auswahl dar. Die Themen stehen jeweils beispielhaft für vergleichbare Problemlagen und bedürfen im Hinblick auf Unterricht der weiteren didaktischen Konkretisierung. Die Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung dient bei der Auswahl exemplarischer Themen und Inhalte als wichtiges Kriterium.

7. Gegenseitige Achtung im Unterricht

Die Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden soll durch gegenseitige Achtung und zunehmende Partnerschaftlichkeit bestimmt werden. Gegenseitige Achtung erfordert wechselseitige freimütige Kritik und persönliche Glaubwürdigkeit der Lehrerinnen und Lehrer. Eine offene, vertrauensvolle und angstfreie Unterrichtsatmosphäre ist die Voraussetzung für kontroverse Diskussionen und für begründete Meinungsbildung der Schülerinnen und Schüler im Unterricht.

8. Offenheit

Das Prinzip der Offenheit erfordert einerseits einen "offen" gestalteten Lehrplan, der keine "geschlossenen Deutungseinheiten" konzipiert, sondern Raum für eigene Wertungen und Entscheidungen (vgl. Kontroversität) gibt. Andererseits bietet der "offene Lehrplan" die Möglichkeit einer schülergerechten und situationsangemessenen Gestaltung der Themen und Inhalte des Unterrichts. Der Unterricht in Politischer Bildung muß offen sein für fachübergreifendes Arbeiten im Lernbereich Gesellschaftslehre sowie mit weiteren Fächern, wie Deutsch.

Politische Bildung soll sich ins schulische Umfeld öffnen und dessen Probleme aufzeigen. Das kann durch Erkundungen und Befragungen geschehen, heißt aber auch, Fachleute, Eltern, Politiker, ehemalige Schülerinnen und Schüler usw. in die Schule einzuladen. Der Unterricht selbst und ggf. Projekte werden dadurch bereichert und können lebendiger gestaltet werden.

2.3 Lernverfahren und Methoden

Die inhaltlich-didaktische Anlage des Lehrplanes und seine thematische Strukturierung in vier Lernfelder erfordert die Anwendung unterschiedlichster Methoden, Lern- und Arbeitsverfahren und Organisationsformen. Diese Vielfalt trägt zugleich zu einem positiven Lernklima bei. Der Akzent liegt auf schüleraktivem Erleben, Erforschen und Erkennen politischer Situationen, Strukturen und Prozesse sowie deren Reflexion und produktiver Verarbeitung. Altersgemäß sollen die Schülerinnen und Schüler in die Gestaltung von Unterricht einbezogen werden. Die Möglichkeiten des handlungs-, problem- und produktbezogenen Lernens sind weitestgehend zu nutzen.

Dazu zählen unter anderem die Pro- und Contra-Diskussionen, die Debatten, Erkundungen, Befragungen, Fallanalysen, Rollenspiele, Planspiele, Praktika.

Das ganzheitliche pädagogische Konzept im Fach Politische Bildung wird vor allem durch fünf grundlegende methodische Zugänge und Organisationsformen geprägt:

- Handlungs- und Problemorientierung des Lernens, die, wo es sich anbietet, auch mit einer Produktorientierung verbunden werden sollten;
- diskursive Methoden (Streitgespräche u. ä.);
- Nutzung exemplarischer Lernmethoden;
- binnendifferenzierende Maßnahmen;
- projektorientiertes Arbeiten.

Diese fünf methodischen Zugänge und Organisationsformen lassen sich voneinander nicht isolieren. Sie tragen sich gegenseitig.

Die **Handlungs-, Problem- und Produktorientierung** des Lernens erweitert beträchtlich das Spektrum der methodischen Möglichkeiten. Sie läßt sich gegebenenfalls gut mit **diskursiven Methoden** verbinden.

Beispiele:

- Alltagssituationen in Familie und Gesellschaft nachspielen und werten;
- Rollenspiele als Diskussions- und Arbeitsgrundlage vorstellen;
- Darstellungen von Informationen transferieren (z. B. aus Erläuterungen kleine Texte machen);
- in der Region selbständig recherchieren und das Ergebnis als Diskussionsgrundlage vorstellen;
- einen Konflikt an einem Fall mit pro und contra erörtern (z. B. Umgang mit Andersdenkenden und Andersfühlenden);
- Wandzeitungen anfertigen;
- Schaubilder zeichnen und Plakate entwerfen;
- Reportagen, kurze Dialoge und Hörspiele zusammenstellen;
- Texte/Kommentare schreiben;
- Befragungen durchführen;
- Materialsammlungen zusammenstellen.

In sehr vielen Themenbereichen empfiehlt sich die Nutzung **exemplarischer Lernmethoden**. Exemplar stellen besonders einsichtig und eindringlich das Typische eines Problems, Vorgangs oder einer Situation heraus und erlauben als konkrete Beispiele die Nutzung sehr verschiedener Betrachtungsebenen (soziale, historische, ökologische, politische, ökonomische, regionale, kulturelle usw.), methodischer Varianten und Arbeitsverfahren.

Durch **binnendifferenzierende** Maßnahmen erhalten Schülerinnen und Schüler einen beträchtlichen zusätzlichen Anreiz, am Lernprozeß in der Gruppe auf ihre individuelle Weise teilzuhaben.

Dieses Verfahren fördert - gut organisiert - die Selbständigkeit Lernender. Es verbessert die Motivation, führt in der Gruppe zu sozialem Lernen und hilft, die kooperative Kompetenz zu entwickeln.

Beispiele für Binnendifferenzierung:

- ein Vorhaben/einen Lernabschnitt in kleine Aufgaben auflösen, die arbeitsteilig bewältigt werden können;
- Wiederholungen, Vertiefungen und thematische Erweiterungen vorsehen;
- gegebenenfalls Aufgaben durch Partnerarbeit, Gruppenarbeit oder im Helferprinzip lösen lassen, hierbei die Lehrerrolle zur Beratertätigkeit entwickeln.

Projektorientiertes Arbeiten hat als Ziel ein konkretes Produkt (Entwicklung von Plänen, Dokumentationen, Vorschlägen u. a.). Dadurch, daß vereinbarte Handlungsprodukte die Organisation des Lernprozesses leiten, wird ganzheitliches und schüleraktives Lernen gefördert. Projekte können Probleme aufgreifen, die im Leben der Kinder, im politisch-sozialen Leben, in der Arbeitswelt oder in Natur und Umwelt viel Brisanz enthalten. Hierbei sollte mit einfacheren Projekten begonnen werden. Wesentlich ist, daß die Schülerinnen und Schüler ihr Ergebnis (in Form einer Ausstellung, eines Plakates, einer Dokumentation, einer Vorführung, einer Diskussion o. ä.) darstellen. Projekte eignen sich gut für fächerübergreifende Aktivitäten und tragen in diesem Zusammenhang zur Abstimmung zwischen verschiedenen Fächern und zur Stoffentlastung bei. Sie erleichtern auch die Öffnung zur Region. Projekte bedürfen einer guten methodischen und organisatorischen Vorbereitung und Begleitung. Sie können zu mehr Lernfreude und zu intensiveren Sozialbeziehungen führen, ganz zu schweigen vom unmittelbar bildenden Effekt.

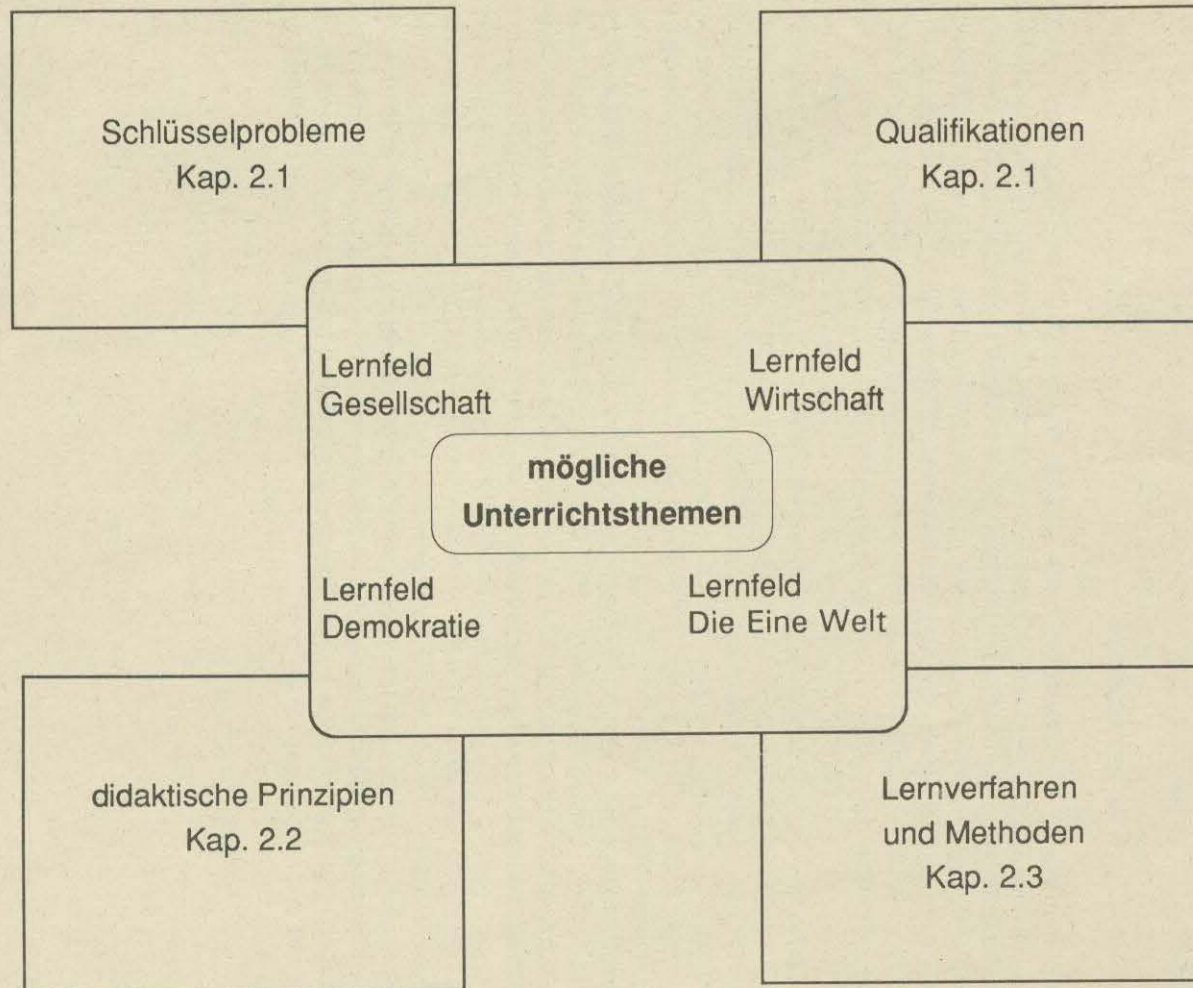
Für die zeitsparende Aneignung von Basiskonzepten sind selbstverständlich auch weiterhin solche Unterrichtsphasen erforderlich, die **lehrgangsmäßig** organisiert sind, in denen die Lehrerinnen und Lehrer als Vermittler von Inhalten und kritischen Analysen auftreten. Solche Phasen erfordern eine planmäßige, systematische Arbeit. Arbeitsformen wie z. B. Lehrervortrag, Textanalysen, Auswertung von Statistiken behalten auch im handlungs- und problemorientierten Unterricht ihren Stellenwert. Die genannten Formen sollten aber keinesfalls zu vorherrschenden Unterrichtsmethoden werden. Politisches Lernen vollzieht sich ganzheitlich und erfordert ein entsprechend breites Methodenspektrum.

Es versteht sich dabei von selbst, daß bei aller Vielfalt auch solche Verfahren wie **Üben und Wiederholen** ihren Stellenwert besitzen.

Wichtig ist ein ausgewogenes Verhältnis von verschiedenen Lernverfahren und die Nutzung kooperativer und individualisierter Lernformen. Dies bezieht sich auch auf Variationen der räumlichen Organisation (klassische Sitzordnung, U-Form, Kreisform, Tischgruppen). Gerade Streitgespräche und Problemdiskussionen können durch veränderte räumliche Anordnungen an Profil und Authentizität gewinnen.

Das Anliegen dieses Rahmenplans ist es, die Lehrerinnen und Lehrer zu einer kreativen Umsetzung ihrer methodischen und inhaltlichen Ideen zu ermuntern, sie in die Lage zu versetzen, die Schülerinnen und Schüler in allen Phasen des Unterrichts als Mitgestalter einzubeziehen. Dies stellt zugleich Ansprüche an Engagement und Eigenverantwortung der Lehrerinnen und Lehrer.

In die Planung der einzelnen Unterrichtsthemen fließen neben den Lernfeldern (siehe auch Abschnitt 5) Qualifikationen, Schlüsselprobleme, didaktische Prinzipien sowie Lernverfahren und Methoden ein (siehe Seite 11).



3. Hinweise zur Leistungsbewertung

Leistungsbewertung im Fach **Politische Bildung** ist ein sehr sensibles Feld. Keineswegs darf der Inhalt politischer Meinungsäußerungen von Schülerinnen und Schülern in die Leistungsbewertung einbezogen werden.

Bei der Bewertung von Schülerleistungen im Fach Politische Bildung werden - basierend auf grundlegendem Faktenwissen - allgemeine und fachspezifische Fähigkeiten berücksichtigt.

Die Bewertung bezieht sich u. a. darauf, inwieweit die Schülerinnen und Schüler

- Interesse an politischen Sachverhalten entwickeln und vertiefen;
- politische Fakten zunehmend in Zusammenhänge einordnen;
- Lernbereitschaft durch ihre Mitarbeit und die Übernahme von Aufgaben zum Ausdruck bringen;
- Aufgaben sorgfältig und zunehmend selbständig bei Nutzung der erforderlichen Arbeitsmaterialien lösen;
- Urteile mit einfachen Argumenten begründen.

Die im Unterricht erworbenen Kenntnisse, Erkenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler können als Einzel- oder Gruppenleistung nach bestimmten Kriterien beurteilt und benotet werden. Bewertet werden können der Umfang, die selbständige und richtige Anwendung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Art der Darstellung, die logische und sachgerechte Argumentation und das Aufgreifen von Gegenargumenten. Dabei werden der Leistungsstand der Lerngruppe und die Lernentwicklung der Schülerin oder des Schülers berücksichtigt (siehe Ausbildungsordnung der Grundschule im Land Brandenburg). Anforderungen und Bewertungsgrundsätze müssen den Schülerinnen und Schülern auch im Vergleich mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern transparent sein und verständlich gemacht werden (siehe "Verordnung über die Mitwirkung der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte"). Die Lehrerinnen und Lehrer sollten die Ergebnisse der Lernerfolgsüberprüfungen auch zum Anlaß nehmen, die Zielsetzungen und Methoden des Unterrichts zu überprüfen und ggf. zu modifizieren. Wichtige Lernzielbereiche wie die Förderung von Handlungsbereitschaft oder die Fähigkeit zu verantwortlichem Handeln können jedoch nicht formal geprüft werden.

Neben mündlicher Lernkontrolle im Fach Politische Bildung sind zur Leistungsfeststellung auch gelegentliche kurze schriftliche Übungen zulässig. Schriftliche Lernerfolgskontrollen sollten die Schülerinnen und Schüler zum Denken anregen (z. B. kein reines Abfragen von Fakten). Sie sollten bei der Rückgabe ausführlich erläutert und begründet werden.

Insgesamt sollte behutsam zensiert und dem fördernden und ermutigenden Charakter der Benotung Rechnung getragen werden.

Dies ist eine Bedingung dafür, daß der Unterricht im Fach Politische Bildung zu einem Übungs-, Erprobungs- und Erfahrungsraum für Schülerinnen und Schüler werden kann, sich selbst zu finden, die Gedanken- und Gefühlswelt anderer kennenzulernen und einen toleranten, humanen Umgang miteinander zu erlernen und zu pflegen.

4. Zum Umgang mit dem Rahmenplan

Im Sinne der "Offenheit" des Rahmenplans verbietet sich eine verbindliche Festlegung von Themen und Inhalten. Insofern stellen die Themen und Inhalte des Rahmenplans eine exemplarische Auswahl dar und müssen von den Lehrerinnen und Lehrern didaktisch konkretisiert werden. Der Rahmenplan bietet damit ein hohes Maß an Offenheit und an pädagogischer, didaktisch-methodischer Freiheit. Er folgt der Intention, daß Schülerinnen und Schüler Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge gewinnen, individuelle und gesellschaftliche Lebenssituationen verstehen und sachkundig bewältigen können. Diese Anlage erfordert eine hohe inhaltlich-methodische Entscheidungskompetenz der Lehrerinnen und Lehrer. Dabei sind notwendige Absprachen zu treffen und das Mitspracherecht der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern in den Fachkonferenzen zu berücksichtigen (siehe "Verordnung über die Mitwirkung der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte"). **Die Komplexität der Inhalte und pädagogische Aspekte erfordern von den Lehrerinnen und Lehrern, eigenverantwortlich fächerübergreifende Unterrichtsstunden zu strukturieren und in Absprache mit den Kolleginnen und Kollegen des Fachbereiches (Fachkonferenz) einen schuleigenen Lehrplan zu erarbeiten.**

Für ihre Unterrichtsplanung ist die Orientierung an den Qualifikationen eine wesentliche Hilfe (vgl. Kapitel 2.1). Die Qualifikationen bedürfen zu ihrer Umsetzung geeigneter Lerninhalte und Lernverfahren. Umgekehrt können Lerninhalte unter Beachtung der Qualifikationen daraufhin geprüft werden, welchen Bezug sie zu den Intentionen des Faches haben. Auf der inhaltlichen Ebene bieten die ausgewählten Schlüsselprobleme ein grundlegendes Raster für die Einordnung von Themen und Inhalten. In den vier Lernfeldern (Gesellschaft, Wirtschaft, Demokratie, die Eine Welt - vgl. Kapitel 5) sind die Qualifikationen und Schlüsselprobleme thematisch entfaltet und aufgefüllt.

Der Lernprozeß sollte unter Berücksichtigung von Schülererfahrungen und -interessen vom Konkreten zum Allgemeinen führen. Die Anordnung der Lernbereiche erleichtert dieses Verfahren. Bei der Themenauswahl sollten in jedem Schuljahr alle vier Lernfelder ausgewogen berücksichtigt werden, wobei Schwerpunktsetzungen möglich sind.

Diese neue pädagogische Vorgehensweise ist in den didaktischen Prinzipien des Lehrens und Lernens (Kapitel 2.2) und in den Lernverfahren und Methoden (Kapitel 2.3) näher ausgeführt. Erst dieser Arbeitszusammenhang gewährleistet, daß sich nicht der alte Stoffzentrismus wieder herstellt.

Insgesamt gibt der Lehrplan einen Rahmen vor, der gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern ausgefüllt werden muß. Er ist keinesfalls so zu verstehen, daß der Anspruch nach Umsetzung aller Themenbeispiele im Unterricht erhoben wird.

Er soll Anregungen zur Diskussion mit den Fachkolleginnen und -kollegen bieten und der Erprobung dienen. Diesem Charakter des Rahmenplans entspricht der Wunsch nach kontinuierlicher Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern, die diesen Rahmenplan in der Schule verwirklichen. Ihre Erfahrungen sollten rückgemeldet und in die Weiterentwicklung des Rahmenplans eingearbeitet werden.

5. Lernfelder, Themen und Inhalte

Grobstruktur der Rahmenpläne

(Auswahl von Themenbeispielen als Übersicht)

Rückblick auf die Grundschule

Lernfelder	Gesellschaft	Wirtschaft	Demokratie	Die Eine Welt
5/6	Soziales Verhalten in Rollen z. B. o Schule o Freizeit o Familie o Gleichberechtigung	Produktion und Konsum z. B. o Arbeitswelt, Beruf und Familie o Wirtschaftssystem und Wandel o Wirtschaft und Umwelt	Mitbestimmung und Information z. B. o politische Entscheidungen/Kommune o Schülermitbestimmung o Informationen und Medien	Leben mit Fremden/ Dritte Welt z. B. o Toleranz und Solidarität o Frieden

Ausblick auf Sekundarstufe I

7/8	Verhaltensprägung und -steuerung durch Gruppen z. B. o Jugendliche und Gruppen o Minderheiten o Ossi - Wessi o Freizeit o Sucht	Konsument und Arbeitnehmer in der sozialen Marktwirtschaft z. B. o Arbeitsplatz/Arbeitslosigkeit o Konsum o Werbung o Eigentum o Umwelt	Regeln der Legitimation und Begrenzung von Macht z. B. o Parteien - Organisationen - Bürgerbewegung - Parlament o Strukturen der ehemaligen DDR o Mitentscheidung in der Schule o Staatliche Gewalt o Medien	Vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt z. B. o Probleme der Dritten Welt o Umwelt o Europäisches Haus
9/10	Gesellschaftsstrukturen und sozialer Wandel z. B. o Berufswahl o Lebensformen und Lebensgestaltung o Chancengleichheit o Mitbestimmung	Möglichkeiten von Markt- und Planungswirtschaft im Umbruch z. B. o Marktmodell und soziale Marktwirtschaft o Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion o Interessenvertretung o Konfliktregelung	Politische Entscheidungs- und Mitwirkungsprozesse z. B. o politische Beteiligung/ freie Wahlen o Bürgerbewegung o Rechtsextremismus o Konfliktregelungen in der Schule o Medien	Umbrüche, Konflikte und neue Dimensionen in internationalen Beziehungen z. B. o neue Friedens- und Sicherheitskonzepte o Europäischer Einigungsprozeß o Entwicklungshilfe

Themenbeispiele, Inhalte und Probleme		
Lernfeld:	Gesellschaft	
Inhaltlicher Schwerpunkt:	Soziales Verhalten in Rollen - Position und Funktion in Gruppen (z. B. Star, Außenseiter) - Interesse und Erwartungen im Zusammenhang mit unterschiedlichen Positionen - Konflikte und Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung in Kleingruppen - Einstellungen und Einstellungsänderungen, Perspektivwechsel und Sensibilisierung für Vorurteile - Autorität und Gesellschaftszugehörigkeit als wesentliche Dimension des sozialen Verhaltens	
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Bitte nicht an die große Glocke hängen!" Unsere Schülerinnen/Schüler - unsere Lehrerinnen/Lehrer! Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Schülerinnen/Schüler und Lehrerinnen/Lehrer.</p> <p>"Du darfst nicht mitmachen!" Rollenverhalten.</p> <p>"Was tun wir am Wochenende?" Gegensätzliche Wünsche bei der Freizeitplanung und Probleme bei ihrer Verwirklichung.</p> <p>"Nur ein Mädchen!" Verhaltenserwartungen gegenüber der Frau und dem Mann in der heutigen Gesellschaft."</p> <p>"Plötzlich ist die Mauer weg - nun ist alles anders." Auf dem Weg in eine neue Gesellschaft.</p>	<p>Ansprüche und Erwartungen der Schülerinnen/Schüler an Schule, Beurteilungskriterien für Leistungen in der Schule, Mitwirkungsmöglichkeiten.</p> <p>Formelle und informelle Gruppen, Vorurteile, Gruppenverhalten, Konflikte in Gruppen, der Außenseiter.</p> <p>Bedürfnisse und Ansprüche von Kindern, Eltern und Großeltern, Autoritätsprobleme, Freizeitaktivitäten in verschiedenen Gruppen, Konfliktlösung in der Familie.</p> <p>Sprachverhalten, Erziehungspraktiken, Rollennachahmung, Identifikationsmuster, gesellschaftsspezifische Sozialisation, Vermittlung von Leitbildern.</p> <p>Gesellschaftlicher Wandel und Wandel des Bewußtseins der Menschen (neues Auto, weite Reisen, neues Konsumverhalten), neues Geld, Arbeitslosigkeit, soziale Angst, Hoffnung und neue Perspektiven (z. B. Privatisierung und Modernisierung der Betriebe, neue Investitionen und Kooperationspartner, Schulreform u. ä.).</p>	<p>Geschichte, Klasse 6, Thema 7: "Juden, Christen und Muslime".</p> <p>Geschichte, Klasse 5, Thema 2: "Überleben in der Urzeit (Rollenverhalten u. ä.)".</p> <p>Erdkunde, Klasse 5, Themenbereich 2: "Heimat Brandenburg".</p>

Lernfeld: Wirtschaft		
Inhaltlicher Schwerpunkt:	<p>Produktion und Konsum</p> <ul style="list-style-type: none"> - Tausch als Ausdruck der gegenseitigen Kooperation und Abhängigkeit und seine Medien (Naturalien, Geld) - Die Teilung der Arbeit und ihre wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen - Die Bedeutung der Arbeit für die Gesamtproduktion und für den einzelnen - Fülle der Bedürfnisse, Knappheit der Ressourcen, Entscheidungsprobleme - Produktion, Konsum und Umwelt 	
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Vater/Mutter ist arbeitslos!" Wirkungen der Arbeitswelt auf die Familie.</p> <p>"Warum mußt Du eigentlich immer arbeiten?" Zweck und Funktion der Berufsausübung.</p> <p>"Ich brauche mehr Taschengeld!" Probleme des Haushaltes, Funktionen des Geldes.</p> <p>"Was ist teurer, Äpfel oder Bananen?" Preisbildung im internationalen Zusammenhang</p>	<p>Arbeitsprobleme (Ursachen), Verhaltensprobleme infolge beruflicher Sorgen (Müdigkeit, Streß, Aggressionen, Desinteresse), Erfüllungsmöglichkeiten (materielle und ideelle) durch Berufstätigkeit.</p> <p>Bedürfnisbefriedigung, Selbstverwirklichung und Arbeit, Erwerbszwang und Lebensstandard, Arbeitsteilung als Existenzgrundlage der Gesellschaft, Berufstätigkeit der Frau, mein Traumberuf, "etwas Besseres werden" - Berufswahl zwischen Zwängen und persönlichen Wünschen.</p> <p>Familienbudget, Einnahmen, Ausgaben, Sparen, Prioritätenliste, Entscheidungsprobleme, Funktionen des Geldes (die D-Mark), wieso kann Geld arbeiten?</p> <p>Löhne und Preise weltweit ungleich verteilt, EG-Wirtschaft ("Butterberg", "Milchsee"), die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit (EG, COMECON ...).</p>	<p>Erdkunde, Klasse 5, Themenbereich 2: "Heimat Brandenburg".</p> <p>Geschichte, Klasse 6, Thema 12: "Europa und Asien".</p>

Lernfeld: Wirtschaft		
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Es stinkt am Fluß - aber die Industrie braucht Wasser." Von der Umweltverschmutzung zur Umweltkatastrophe?</p> <p>"Bei uns gibt es ein Arbeitsamt!" Wandel der Wirtschaftssysteme/Folgen und Probleme.</p>	<p>Umweltverschmutzung in Industrie und Landwirtschaft, ökologisches Gleichgewicht (Spraydosen sind doch so praktisch ...), Auswirkungen der Umwelterstörung auf den einzelnen (z. B. Wegwerfgesellschaft, Plastikkultur, Allergie-Zeitalter), Kosten des Umweltschutzes, eine umweltbewußte Lebensführung (Ökologie und Gesundheit).</p> <p>Probleme des wirtschaftlichen Wandels am Beispiel der Region (Wohnort), Arbeitslosigkeit (Kurzarbeit, Umschulung, ABM), neue Betriebe, neue Berufe, neue Hoffnungen</p>	<p>Geschichte, Klasse 5, Thema 3: "Lebensader Fluß".</p> <p>Erdkunde, Klasse 5, Themenbereich 2: "Heimat Brandenburg".</p>

Georg-Eckert-Institut
 für Internationale
 Schulbuchforschung
 Braunschweig
 Schulbuchbibliothek

Lernfeld: Demokratie		
Inhaltlicher Schwerpunkt:	<p>Mitbestimmung und Information</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bedürfnisse und Interessen als Grundlage für Meinungen und Entscheidungen - Mitwirkungsmöglichkeiten in Schule und Kommune - Informationen als Bestätigung oder Korrektiv, Wahrnehmungsprobleme - Beschaffung von Informationen - Einflußmöglichkeiten durch Produktion und Verbreitung von Informationen 	
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Wer die Wahl hat ... - Die Schülersvertretung" Mitbestimmung in einer sozialen Organisation.</p> <p>"Platz da! Spielplatz oder Parkplatz?" Politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene.</p> <p>"Bilder lügen nicht. Lügen Bilder wirklich nicht?" Informationsgehalt und Meinungsbildung.</p> <p>"Das hat sogar in der Zeitung gestanden!" Informationsgehalt und Meinungsbeeinflussung.</p> <p>"Vor der Wahl ... nach der Wahl: Ohne mich, Politik interessiert mich nicht!" Möglichkeiten und Grenzen der Mitwirkung des einzelnen (in der Gemeinde, dem Land, dem Bund).</p>	<p>Auch Kinder haben Rechte (UNO-Konvention), Wahlkampf (-verfahren, Motiv der Wahlentscheidung), Aufgabe und Wirksamkeit der Schülersvertretung, Möglichkeiten der Mitbestimmung.</p> <p>Freizeit als Grundbedürfnis, Interessengegensätze und deren Austragung im kommunalen Bereich, Mitwirkung der Bürgerinnen/Bürger (Möglichkeiten und Grenzen).</p> <p>Überzeugungskraft von Bildern (Foto, Film, Fernsehen usw.) Rezeptionsverhalten, Wahrnehmung und Vorurteil, Manipulationstechniken.</p> <p>Die Zeitung als Informationsmacherin, Pressefreiheit, Leserbriefe, wie eine Nachricht gemacht wird, Jugendzeitungen und -zeitschriften.</p> <p>Grundverständnis für Pluralismus und Demokratie (Wahlen, Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Bürgerbewegungen, politische Ämter usw.), Wahlen - die Mehrheit entscheidet.</p>	<p>Geschichte, Klasse 5, Thema 4: "Die Polis-Wiege der Demokratie".</p> <p>Geschichte, Klasse 5, Thema 4: "Die Polis-Wiege der Demokratie".</p>

Lernfeld: Die Eine Welt		
Inhaltlicher Schwerpunkt: Leben mit Fremden		
<ul style="list-style-type: none"> - Bedürfnisse von Menschen anderer Gesellschaften - Vergleich der Bedürfnisbefriedigung in der eigenen und in anderen Gesellschaften - Notwendigkeit und Formen der Entwicklungshilfe - Probleme der Integration von Ausländerinnen/Ausländern 		
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"... Krankheiten, zu viele Kinder, zu wenig Schulen, knappes Wasser, Schulden." Probleme der Unterentwicklung</p> <p>"Ferien in ..." Kennenlernen anderer Lebensgewohnheiten und Kulturen</p> <p>"Ausländer - Fremde ...? oder was?" Konfliktlage und Integrationsansätze</p> <p>"Die nehmen uns die Arbeitsplätze weg." Ausländerbeschäftigung: Ursachen, Folgen, Lösungsmöglichkeiten.</p>	<p>Gunst und Ungunst der Natur, Verteilung von Armut und Reichtum in der Welt, Kinder in der Dritten Welt, Hilfsorganisationen (z. B. Hungerhilfe, "Brot für die Welt") und ihre Funktionen (Hilfe zur Selbsthilfe, karitative Spende oder strukturelle Verbesserung).</p> <p>Urlaubsreise ins Ausland, Lebensgewohnheiten und Kulturen dort (z. B. Sprache, Religion, Volksbräuche, Architektur, Geschichte, Küche), was uns im Ausland gefällt? Verhalten im Gastland.</p> <p>Zusammenleben von Deutschen und ausländischen Mitbürgerinnen/Mitbürgern in der BRD, Integration (Wohnen, Arbeiten, Schule), Rechte (Ausländerrecht, Aufenthaltsrecht, Asylrecht), Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit, Deutschland von außen gesehen.</p> <p>Wirtschaftliche und soziale Lage der Heimatländer (z. B. Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsexplosion ...), Arbeitsplätze in Deutschland: Gingen die Erwartungen in Erfüllung?, das Bild von den Deutschen (Partnerschaft am Arbeitsplatz), Bedingungen für Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen.</p>	<p>Erdkunde, Klasse 5, Themenbereich 3: "Deutschland".</p> <p>Erdkunde, Klasse 6, Themenbereich 6: "Südeuropa".</p> <p>Geschichte, Klasse 6, Thema 7: "Juden, Christen und Muslime".</p> <p>Erdkunde, Klasse 5, Themenbereich 3: "Deutschland".</p>

Lernfeld: Die Eine Welt		
Themenbeispiele	Inhalte und Probleme	Hinweise
<p>"Wir in Brandenburg." Sind wir international?</p>	<p>Was empfinden wir Kinder? (Heimatgefühl und Weltoffenheit), "Wir sind doch Deutsche!" Schwierigkeiten mit der multikulturellen Gesellschaft in der Bundesrepublik? Was bringen Ausländerinnen/Ausländer in die Kultur und die Gesellschaft der Bundesrepublik ein?</p>	<p>Geschichte, Klasse 6, Thema 7: "Juden, Christen und Muslime".</p> <p>Erdkunde, Klasse 5, Themenbereich 2: "Heimat Brandenburg".</p>
<p>"Ist Krieg ein Spiel?" Waffen und Gewalt in Realität und Spiel</p>	<p>Kriegsspielzeug, Krieg in Film/Fernsehen/Video, Was ist Krieg? (Ursachen, Ziele, Folgen), Kriegerdenkmäler, Friedenssymbole, Friedensbewegung (Initiativen, Ostermärsche, Sitzblockaden).</p>	

Verlag und Versand: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Karl-Liebnecht-Straße (Landeshochschule), O-1574 Golm
Telefon 9 76 23 01, Telefax 9 76 23 09

Einzelbestellungen können nur beim Verlag vorgenommen werden.
Preis des Einzelheftes 5,55 DM incl. Porto, Versand und Mwst.